



Politisches Programm

der Jungen Europäischen Föderalisten Deutschland e.V. (JEF)

Beschlossen auf dem Bundeskongress am 11. November 2012 in Saarbrücken.
Zuletzt aktualisiert auf dem Bundeskongress am 11. November 2012 in Saarbrücken.

Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätze und Ziele [Kurzfassung].....	2
2. Die Rolle der JEF im europäischen Einigungsprozess.....	3
3. Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa	4
3.1. Kompetenzkatalog.....	4
3.2. Bürger.....	5
3.3. Demokratie.....	5
3.4. Parlament.....	6
3.5. Regierung.....	6
3.6. Staatenvertretung.....	6
3.7. Rechtsprechung / Gerichtsbarkeit.....	7
4. Politik der Vereinigten Staaten von Europa.....	7
4.1. Bildung und Ausbildung.....	7
4.2. Wirtschaft und Währung.....	7
4.3. Haushalt und Steuern.....	8
4.4. Arbeit und Soziales.....	8
4.5. Energie- und Umweltpolitik.....	8
4.6. Außen- und Sicherheitspolitik.....	8
4.7. Nachbarschaftspolitik.....	9
4.8. Asyl und Migration.....	9
5. Zivilgesellschaft.....	10
5.1. In Vielfalt geeint - oder was die EU zusammenhält.....	10
5.2. Bürgerschaftliches Engagement.....	10
5.3. Sprache.....	10
6. Föderalismus und Europa in der Welt.....	11
6.1. Erweiterung.....	11
6.2. Weltföderalismus.....	11
6.3. Demokratisierung.....	12
6.4. Rechtsstaatlichkeit.....	12

5 1. Grundsätze und Ziele [Kurzfassung]

Europa ohne Grenzen - demokratisch, transparent und verständlich aufgebaut, das ist das Ziel der Jungen Europäischen Föderalisten seit 1949. Wir fordern die Vollendung des Europäischen Friedensprojekts als **Vereinigte Staaten von Europa**, die wir in diesem Programm beschreiben werden. Denn wir können nicht damit zufrieden sein, dass immer noch viele richtungsweisende politische Entscheidungen nicht im öffentlich tagenden Europäischen Parlament, sondern hinter verschlossenen Türen durch Vertreter der Regierungen der Nationalstaaten getroffen werden (Intergouvernementalismus). Wir wollen, dass die Bürger¹ Europas ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können und in den Europawahlen wirkliche politische Richtungsentscheidungen getroffen werden können.

Demokratie in den Vereinigten Staaten von Europa bedeutet für die JEF, eine echte Auswahl zu haben: zwischen verschiedenen Listen europäischer Parteien (transnationale Listen) mit europäischen Spitzenkandidaten für die Führung der Regierung und gesamteuropäischen Wahlprogrammen. Zur europäischen Demokratie gehören partizipative Elemente (eine Europäische Bürgerinitiative).

Die Parteien, die aus den Europawahlen als Sieger hervorgehen, beschließen im Parlament über Einnahmen, Ausgaben, europäische Gesetze und wählen die Regierung. Die Bürger wählen mehr nach Sachargumenten und weniger nach jeweiligen nationalen Hintergründen. Politische Entscheidungsträger können klar identifiziert und abgewählt werden. Gesetzgebungsverfahren ohne Beteiligung von Parlamenten soll es in der Zukunft nicht mehr geben.

Föderalismus ist für die JEF das Prinzip, Macht zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen aufzuteilen („vertikale Gewaltenteilung“) und dafür faire Regeln zu bestimmen. Die Europäische Einigung begann mit dem Teilen der Kontrolle über die Macht- und Kriegsmittel Kohle und Stahl und brachte uns Frieden.

Heute fordern wir die Teilung der Souveränität zwischen Union, Staaten und anderen Politikebenen. Die Institutionen und grundlegenden Regeln der Union sollen in einer kurzen und verständlichen **Verfassung** festgehalten werden. Diese soll die rechtliche Grundlage bilden, um Grundwerte auch in Zeiten der Globalisierung zu schützen. Wir wollen eine Verfassung, die nach dem Prinzip der Subsidiarität die Zuständigkeiten so verteilt, dass Probleme auf der Ebene gelöst werden, auf der diese am sinnvollsten und wirkungsvollsten gelöst werden können. So wäre zum Beispiel die Außenpolitik Zuständigkeit der Union, Bildungspolitik streng nach Subsidiaritätsgesichtspunkten auf der jeweiligen, auch regionalen Ebene anzusiedeln. Die Teilung der Macht muss so angelegt sein, dass Rechtsstaatlichkeit gesichert wird. Die Verfassung garantiert den Schutz von Grund- und Menschenrechten.

Wohlstand und freie Entfaltung für alle Bürger können auf Dauer nur die Vereinigten Staaten von Europa ermöglichen. Denn nur diese ermöglichen demokratische Entscheidungen auf europäischer Ebene, mit denen zum Beispiel Märkten wirksam Regeln gesetzt werden können. Die Vereinigten Staaten von Europa sind für uns die beste demokratische Alternative zur Schein-Souveränität einzelner Staaten. Politische Handlungsbedarfe entziehen sich teilweise nationaler Gestaltungsmacht, deswegen müssen diese Probleme supranational geregelt werden.

Die Union muss den Staaten einen verbindlichen Rahmen in der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik setzen. Sie erfüllt ihre Aufgaben mit den Einnahmen aus eigenen Steuern. Der immer engere europäische Binnenmarkt hat der Union großen Wohlstand gebracht und gegenseitige Abhängigkeit. Deshalb ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in der Union die notwendige Bedingung für ihren Bestand. Zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse müssen ökonomisch stärkere und schwächere Staaten nach ihren Möglichkeiten beitragen.

1. Aus Gründen der Einfachheit und besseren Lesbarkeit verwenden wir im Politischen Programm das generische Maskulinum. Es versteht sich von selbst, dass wir natürlich an jeder Stelle, an der eine männliche Form verwendet wird, Menschen jederlei Geschlechts meinen.

Die Vereinigten Staaten von Europa sprechen mit einer Stimme. Das erlaubt ihnen wirksamer politische Interessen zu vertreten und ihrer Verantwortung in der Welt gerechter zu werden. Sie setzen sich nach Außen für Frieden, nachhaltiges politisches Handeln und den Schutz und die Verbreitung ihrer Grundwerte ein.

Weltföderalismus: Die Welt erlebt gerade eine Neuverteilung der Macht mit viel neuer Ungerechtigkeit, Risiken, aber auch neuen Chancen für Millionen Menschen. Im Föderalismus sehen wir das beste Rezept, um Machtausübung zivilen Regeln zu unterwerfen und Kriege zu verhindern. Europa hat aus seiner Geschichte gelernt; die Vereinigten Staaten von Europa können Inspiration und Vorbild für weitere regionale Integrationsprojekte sein und auch auf globaler Ebene dabei helfen, zivilisierte und faire Antworten auf globale Probleme zu finden.

2. Die Rolle der JEF im europäischen Einigungsprozess

Wir Junge Europäische Föderalisten verstehen uns als **Botschafter der europäischen Idee** und fördern seit 1949 die Verbreitung des europäischen Bewusstseins in der Gesellschaft und insbesondere unter jungen Menschen.

Als politische, überparteiliche und überkonfessionelle Jugendorganisation versuchen wir dem Integrationsprozess fortwährend neue Impulse zu geben und Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Nach dem Motto „a generation ahead“ haben wir immer wieder Ideen entwickelt, die später realisiert wurden. So forderten Vertreter der JEF schon in den 50er Jahren, den Wegfall innereuropäischer Grenzen und eine europäische Währung.

Die Europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand gebracht. Sie ermöglicht es politische Antworten auf Probleme zu finden, die im nationalen Kontext nicht (mehr) zu lösen sind. Als kritische Begleiter des Einigungsprozesses sehen wir allerdings auch Fehlentwicklungen, die es zu korrigieren gilt. Es entspricht unserem Selbstverständnis solche Fehlentwicklungen klar zu benennen und dort wo nötig Korrekturen zu fordern. Wir wollen keine unkritischen „Jubeleuropäer“ sein, sondern durch konstruktive Kritik dazu beitragen, ein demokratisches und föderales Europa zu schaffen.

Wir verfolgen unsere Ziele durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, inhaltliche Debatten in Workshops, auf Seminaren, Bildungsreisen und Jugendbegegnungen und auch in Gremiensitzungen, in denen wir unsere Positionen festlegen und Arbeitsprogramme bestimmen, sowie durch Veröffentlichungen.

Als gut vernetzter Verband nutzen wir unsere Kontakte zu politischen Organisationen und anderen Jugendverbänden, um für die Idee eines geeinten Europas zu werben und insbesondere auch Multiplikatoren für unsere Ideen zu gewinnen und auszubilden. Als personell, finanziell und rechtlich unabhängige Jugendorganisation der **Europa-Union Deutschland** arbeiten wir eng mit dieser zur Erreichung unserer Ziele zusammen.

Als proeuropäischer Jugendverband sind wir nicht nur vor Ort, in den Regionen und auf Bundesebene organisiert, sondern europaweit vertreten. Unser europäischer Dachverband, die **JEF Europa** hat Mitgliedssektionen auch jenseits der Europäischen Union. Über die JEF Europa sind wir ferner Mitglied des World Federalist Movement.

Unsere Verbandsstruktur ist föderal gegliedert und folgt dem Subsidiaritätsprinzip. Die Aktivitäten in den verschiedenen Kreis- und Landesverbänden, aber auch in den anderen nationalen Sektionen unterscheiden sich teilweise erheblich, da die Schwerpunktsetzung durch die Interessen und Prioritäten der Mitglieder der einzelnen Gliederungen bestimmt wird. Dies führt dazu, dass wir einen sehr vielfältigen Verband haben, der durch gemeinsame Grundsätze und Zielvorstellungen geeint ist, bezüglich

der Aktivitäten jedoch unterschiedliche Ausdrucksformen und zahlreiche Möglichkeiten zur Beteiligung sowie ein breites Netzwerk bietet.

Die JEF zeichnen sich durch eine freundschaftliche *politische Streitkultur* aus, die von Respekt und gegenseitiger Achtung geprägt ist. Wir bringen junge Menschen mit sehr unterschiedlichen Ansichten und Weltanschauungen zusammen, die in einzelnen Sachfragen oft unterschiedliche Vorstellungen haben, aber in ihren Grundüberzeugungen geeint sind. Kontroverse Diskussionen sind bei uns kein Tabu.

Wir Junge Europäische Föderalisten leben eine politische Kultur, die wir auch im Großen schätzen: „In Vielfalt geeint“ – bei allen Unterschieden wissen wir stets, was uns verbindet. Platte Feindbilder zwischen verschiedenen politischen Lagern haben bei uns keine Chance. Wir glauben, dass wir eine vorbildliche politische Kultur pflegen und hoffen, dass diese Schule macht. – Nicht nur bei der Errichtung unseres Europas.

3. Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa

Die europäischen Werte, Frieden, Freiheit und Solidarität lassen sich in unserer globalisierten Welt nur durch die eine **gemeinsame Vertretung der Interessen der Bürger** verwirklichen. Probleme wie der Klimawandel oder die Finanzkrise lassen sich von einzelnen Staaten nicht lösen. Deshalb brauchen wir die Vereinigten Staaten von Europa als **demokratischen und rechtsstaatlichen Bundesstaat**.

Die Vereinigten Staaten von Europa brauchen eine **prägnante und verständliche Verfassung**, die die Bürger in ihren Grundrechten schützt, die Institutionen des europäischen Bundesstaates sowie deren jeweilige Kompetenzen definiert, Verfahrenswege beschreibt und die Zuständigkeiten innerhalb des föderalen Systems regelt. Diese Verfassung soll in einem **öffentlichen Konvent** mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitet werden.

3.1. KOMPETENZKATALOG

Die Verfassung enthält einen Kompetenzkatalog, der die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Bundesebene und den Gliedstaaten im Sinne der **vertikalen Gewaltenteilung** als Souveränitätsteilung regelt. Die Verteilung der Kompetenzen muss dabei dem **Subsidiaritätsprinzip** folgen, nach dem Kompetenzen auf jener Ebene angesiedelt werden sollten, auf der die ihnen entsprechenden politischen Herausforderungen am besten gelöst werden können. Die Verfassung kann – einschließlich des Kompetenzkatalogs – durch ein Bundesgesetz geändert werden, dem sowohl das Parlament als auch die Staatenkammer mit qualifizierter Mehrheit zustimmen müssen. Damit liegt die so genannte **Kompetenz-Kompetenz**, d.h. die Befugnis darüber zu entscheiden, ob eine bestimmte Zuständigkeit dem europäischen Bundesstaat oder den Nationalstaaten zukommen soll, auf der europäischen, föderalen Ebene. Dabei muss jedoch die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips gewährleistet werden.

Die Vereinigten Staaten von Europa als Bundesebene müssen, wie jede andere politische Ebene, mit den **notwendigen Mitteln** ausgestattet werden, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Langfristig soll die völkerrechtliche Souveränität der europäischen Nationalstaaten überwunden werden, so dass einzelne Gliedstaaten nicht mehr als souveräne Staaten international agieren. Als Diskussionsanreiz, und um zu einer knappen und verständlichen Liste der Unionskompetenzen zu kommen, schlägt die JEF diese Liste vor:

130 **Exklusive Unionskompetenz:**

- Auswärtiges, Grenzschutz und Entwicklungshilfe
- Verteidigung, Interventionen im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme
- Handel in Gütern, Dienstleistungen und Kapital, Zoll
- Währung, Leitzins
- 135 • Wettbewerb, Finanzmarkt und Verbraucherschutz
- bestimmte Steuern, die stark integrierte Sachverhalte betreffen
- Umwelt und, soweit grenzüberschreitend, Energie
- Transeuropäische Netze für Verkehr, Energie und Information
- Annäherung der Lebensverhältnisse
- 140 • Migration, Asyl, Passwesen

Unionsrahmen für staatliche Politik:

- Steuern und Haushalte der Staaten
- Soziales und Arbeitsmarkt
- Bildung und Mobilitätsförderung

145 **3.2. BÜRGER**

Wir Bürger sind der Ausgangspunkt für die Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa. Wir haben mindestens zwei Identitäten: als **Unionsbürger** und als Bürger der Einzelstaaten. Kern der Verfassung sind deshalb die gleichberechtigten Vertreter der Bürger (Parlament) einerseits und die der Staaten (Staatenvertretung) andererseits.

- 150 Die Unionsbürgerschaft ersetzt die Staatsbürgerschaft und garantiert neben den klassischen Bürgerrechten insbesondere auch die **Unionsbürgerrechte**, zum Beispiel Freizügigkeit, Diskriminierungsverbot, Wahlrecht am Wohnort und zum Europaparlament. Wir fordern die **Ausweitung des Wahlrechts**, damit Unionsbürger alle Parlamente und Vertretungen ihres Wohnsitzes wählen können, von deren Entscheidungen sie betroffen sind (statt bisher bei nationalen Wahlen im Herkunftsland).

155 **3.3. DEMOKRATIE**

Um Demokratie zu sichern, genügen die Garantien der Verfassung nicht. Demokratie muss von den Bürgern in Wahlen, Bürgerentscheiden und anderen Partizipationsformen, zum Beispiel der Mitwirkung in Parteien und politischen Vorfeldorganisationen, gelebt werden.

- 160 Damit breite Mitwirkung möglich ist, müssen die Institutionen möglichst einfach und transparent gehalten sein. Transparenz und Verständlichkeit sind die Grundlage für jede Form der Partizipation möglichst vieler Bürger. Die Möglichkeit zur Partizipation wiederum legitimiert und führt zur dauerhaften Akzeptanz des politischen Systems. Nur wer politische Verantwortung verorten kann, kann rationale politische Entscheidungen treffen.

- 165 Die gegenwärtige Union ist von dem Ziel der Einfachheit weit entfernt, weshalb - wann immer möglich - auf eine *Komplexitätsreduktion* hinzuwirken ist.

Die Grundlagen der Politik der Vereinigten Staaten von Europa bestimmen die Bürger in **Europawahlen**. Die Parteien stellen dabei **transnationale Listen** mit Spitzenkandidaten für die Führung der europäischen Regierungsgeschäfte und europäischen Programme zur Wahl. Ein *einheitliches Wahlrecht* findet dafür den Kompromiss zwischen der Wahl über Listen und über Direktwahlkreise.

- 170 Parlamentarische Entscheidungswege sollen durch **direktdemokratische Instrumente** ergänzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Gelegenheit erhalten, drängende politische Themen mittels eines Bürgerbegehrens auf die Agenda der Institutionen zu setzen. Die Hürden dafür dürfen keinen zu restriktiven Charakter haben. Volksentscheide auf europäischer Ebene durch Bürgerinnen und Bürger sehen wir kritisch, da sie in der Regel nur durch größere und gut organisierte Organisationen
- 175 zu initiieren und durchzuführen sind und somit insbesondere partikularen Interessen zur Geltung verhelfen können. Die JEF bekennt sich klar zu einem repräsentativen parlamentarischen System.

Das übliche **Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt Stellungnahmen** von Zivilgesellschaft, Sozialpartnern und einzelnen Bürgern.

3.4. PARLAMENT

- 180 Das **Parlament** wird als direkt gewählte Vertretung der Bürger das Zentrum des politischen Systems der Vereinigten Staaten von Europa. Mit einem eigenen Initiativrecht (bisher: nur durch die Kommission) beschließt es gleichberechtigt mit der Staatenvertretung über Einnahmen, Ausgaben und europäische Gesetze (bisher „Verordnungen“, die unmittelbar geltenden europäischen Gesetze) und Rahmengesetze (bisher „Richtlinien“, dort setzt die Union Ziele, sie gelten erst nach Übertragung in Gesetze der Staaten, die Form und Mittel regeln) und ratifiziert internationale Verträge.
- 185

- Dieses parlamentarische System ist am besten geeignet, um die reiche Vielfalt Europas abzubilden und politische Debatten regelmäßig in jeden Winkel des Europäischen Bundesstaates zu tragen. Denn die Parteien im Europäischen Parlament haben ihre positive Wirkung vor allem seit der Einführung der Direktwahl 1979 bewiesen, indem sie die Debatte um europäische Politik **entlang inhaltlicher Grundüberzeugungen statt nationaler Herkunft** führen.
- 190

Die Sitzverteilung soll noch **stärker proportional** zur Zahl vertretener Bürger geregelt werden (bisher: degressive Proportionalität). Es können auch länderübergreifende Wahlkreise gebildet werden.

3.5. REGIERUNG

- Das Parlament wählt mit der Mehrheit seiner Mitglieder, die sich in der Regel auf jene Fraktion bzw. Koalition stützt, die beabsichtigt, die Regierung zu bilden, den Regierungschef (bisher: Bestätigung eines Vorschlag der Staats- und Regierungschefs). Auf diese Weise entscheiden die Europawahlen, wer regiert und wer abgewählt wird (statt bisher: Entscheidung über Personal in ganz großer Koalition, eher nach Mehrheit der Parteien in staatlichen Regierungen). Die Regierung erhält so auch die nötige Unabhängigkeit von den Interessen einzelner Staaten, um im gesamteuropäischen Interesse handeln zu können.
- 195
- 200

Der Chef der Regierung ernennt mit Zustimmung des Parlaments die übrigen Minister seiner Regierung. Die Zahl der Minister orientiert sich dabei nicht an der Zahl der Mitgliedstaaten, sondern an den sachlichen Erfordernissen. (Bisher: Jede Regierung eines Staats benennt einen Kommissar, der Kommissionspräsident verteilt die Ressorts.)

205 3.6. STAATENVERTRETUNG

Die Staatenvertretung bildet eine zweite Kammer, die dem Parlament, außer bei der Wahl der Regierung, gleichberechtigt ist. Sie ersetzt den Ministerrat. Die **Staatenkammer** entscheidet nach Mehrheitsprinzip (bisher: noch nicht über Steuern, Soziales, Außenangelegenheiten und Sicherheit). Die Unterschiede in der Stimmengewichtung zwischen den einzelnen Staaten sollen verringert werden.

- 210 Die Staaten entscheiden selbst, wie sie ihre Vertreter in die Staatenkammer bestimmen. Langfristig könnten die Vertreter der Staaten statt von Regierungen entsandt zu werden auch direkt **durch die Bürger gewählt** werden.

3.7. RECHTSPRECHUNG / GERICHTSBARKEIT

- 215 Herrschaft des Stärkeren oder der Willkür gilt es mittels der **Herrschaft des Rechts** zu verhindern. Rechtsstaatlichkeit muss garantiert werden. Über die Wahrung der Rechte der Bürger wacht **der Oberste Gerichtshof** der Vereinigten Staaten von Europa, dem auch die rechtliche Kontrolle des Europäischen Parlaments und der Europäischen Regierung obliegt. Er ist Hüter der Verfassung und garantiert die dort verbrieften Rechte jedes Einzelnen.
- 220 Voraussetzung für die Abgabe von Kompetenzen an den Obersten Gerichtshof ist für uns die Sicherstellung eines äquivalenten Grundrechtsschutzes, wie ihn derzeit das Bundesverfassungsgericht garantiert.

4. Politik der Vereinigten Staaten von Europa

4.1. BILDUNG UND AUSBILDUNG

- 225 Bildung ist die Grundlage für **Chancengleichheit** und die **Teilhabe am sozialen und politischen Leben** einer Gesellschaft, von der Kinderkrippe an ein Leben lang. Die Union und ihre Mitgliedstaaten garantieren, dass ihre Staaten, Regionen und Kommunen dafür Sorge tragen, dass die jungen Generationen gute Bildungschancen erhalten. Eine zentrale Aufgabe der Union ist es, Bildungsmobilität zu ermöglichen, zum Beispiel durch Austauschprogramme und die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, unabhängig davon, wo diese erworben wurden.
- 230 Uns ist wichtig, dass das bildungspolitische Handeln der Union und ihrer Mitgliedstaaten sich nicht nur auf die formale Bildung konzentriert, da die **nonformale Bildung** eine wichtige Funktion erfüllt. Fähigkeiten, die im Bereich der nonformalen Bildung erworben werden, müssen deshalb breiter anerkannt werden.

4.2. WIRTSCHAFT UND WÄHRUNG

- 235 Der **Binnenmarkt** war Ausgangspunkt und ist weiterhin Motor der europäischen Einigung. Der Euro als **gemeinsame Währung** ist nicht nur Symbol der Einigung. Er ist auch logische Fortsetzung des Binnenmarktes.
- 240 Der Euro hat den Binnenmarkt durch den Wegfall der Währungsschwankungen weiter vernetzt. Das Auf und Ab der Wirtschaften der Staaten ist im Binnenmarkt so eng verknüpft, dass ausgleichende und gestaltende Maßnahmen nur gemeinsam möglich sind. Schon deshalb können nur die Vereinigten Staaten von Europa durch gemeinsames Handeln die Möglichkeit zu freier Entfaltung und Wohlstand für alle Bürger erreichen. Dafür setzt die Union den Staaten einen verbindlichen Rahmen in der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik und erhält erhebliche eigene Mittel. Die verstärkte Zusammenarbeit der Eurostaaten in diesen Fragen sichert die Stabilität ihrer kerneuropäischen Gemeinschaft, solange noch nicht alle Mitgliedstaaten den Euro als Währung eingeführt haben. Dabei sind
- 245 die Unionsinstitutionen aber eng einzubinden und das Unionsinteresse immer vorrangig.

Die Vereinigten Staaten von Europa können als größte Volkswirtschaft der Erde ihre Größe einsetzen, um faire Regeln für den globalen Wettbewerb, die nachhaltige Ressourcennutzung, den Schutz der Verbraucher, stabiles Geld und die Regulierung der Finanzmärkte als Dienstleister für Haushalte und Unternehmen durchzusetzen.

4.3. HAUSHALT UND STEUERN

Die Vereinigten Staaten von Europa erfüllen ihre Aufgaben aus den Einnahmen eigener **Steuern**. Die Union setzt dem Wettbewerbsföderalismus der Staaten faire Grenzen, um durch solide Haushaltspolitik und solidarisches Füreinander die Voraussetzung für gemeinsamen Wohlstand zu schaffen.

Entscheidungen über Steuern und Haushalte gehören zum Kern demokratischer und meist umstrittener Entscheidungen. Deshalb müssen sie direkt den Bürgern verantwortlichen Parlamenten vorbehalten bleiben und dürfen nicht durch Abmachungen von Regierungen untereinander (intergouvernemental) vorweggenommen werden. Demokratische Entscheidungen auf der europäischen Ebene, die Märkten wirksam Regeln setzen können, sind für die JEF die beste demokratische Alternative zu Nationalstaaten, die nur noch scheinbar Gestaltungsmacht besitzen.

Gerade eine solide Haushaltsführung ist unabdingbar für eine gemeinsame Zukunft. Durch eine zu stark divergierende Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten wird der europäische Integrationsprozess gefährdet. Die JEF setzen sich daher für einen verbindlichen Mechanismus zum gemeinschaftlichen Schuldenabbau ein.

4.4. ARBEIT UND SOZIALES

Die Bürger vertrauen den Vereinigten Staaten von Europa nur dann, wenn sie das solidarische europäische Gesellschafts- und Sozialmodell für alle Realität werden lassen. Deshalb ist eine langsame aber stetige Annäherung der Lebensverhältnisse notwendige Bedingung für ihre Einigung und ihren Bestand. Damit wirtschaftlich schwächere Staaten dem Ziel ähnlicher Lebensverhältnisse auf hohem Niveau näher kommen, müssen sie von wirtschaftlich stärkeren Staaten unterstützt werden. Die Union gleicht dafür, dort wo notwendig, schrittweise die bisher sehr unterschiedliche Sozialpolitik immer weiter an.

Ebenso wie die europäische Einigung den Frieden unter den Staaten gesichert hat, sichern die Vereinigten Staaten von Europa den sozialen Frieden unter ihren Bürgern im Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Dafür entwickelt die Union verbindliche Mindeststandards für die Sozialpolitik der Staaten und baut die bisherigen Struktur- und Kohäsionsfonds aus.

4.5. ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

Umweltpolitik gehört zu den Politikfeldern, die am stärksten der Regulation auf supranationaler Ebene bedürfen. Dies gilt in besonderer Weise für den Klimaschutz und zunehmend auch für die Energiepolitik. Diese Politikfelder gehören in die Kompetenz der Union. Dies schließt ausdrücklich auch die Möglichkeit zur Verhängung spürbarer Sanktionen ein.

4.6. AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

Die Friedenssicherung im Inneren ist wohl der größte Erfolg der Europäischen Integration. Indem sich ehemals verfeindete Staaten in einem supranationalen Gebilde zusammenschlossen, lösten sie das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts ab. Es ist dieser einzigartige Weg, der in der Welt An-

erkennung findet. Eine gemeinsame europäische Außenpolitik soll das Ziel einer gerechten weltföderalistischen Ordnung zur Grundlage ihres Handelns machen. In letzter Konsequenz wird nur der Weltföderalismus dauerhaft den Frieden sichern.

290 Zurzeit verhindert der intergouvernementale Charakter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) durch das Einstimmigkeitsprinzip zügige Entscheidungen. Das Gewicht einzelner Mitgliedstaaten ist zu gering, als dass sie auf globaler Ebene mit großen Mächten, wie z.B. USA, China oder Russland, auf Augenhöhe agieren könnten. Nur durch eine vergemeinschaftete Außen- und Sicherheitspolitik in der ausschließlichen Kompetenz der Union können europäische Staaten schnell und effektiv auf Herausforderungen reagieren. Die gemeinsame Sicherheitspolitik muss dabei außenpolitischen Strategien und Entscheidungen folgen.

Es bedarf auch der notwendigen Kapazitäten. Wir fordern deshalb europäische statt nationale Streitkräfte; zivile Instrumente müssen auch weiterhin die Sicherheitspolitik der Union auszeichnen. Eine demokratische Kontrolle dieser, unter Beachtung der Grundwerte, insbesondere die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, der Union durch das Europaparlament, ist sicherzustellen.

300 **4.7. NACHBARSCHAFTSPOLITIK**

Die Union besitzt an seinen Grenzen gemeinsame Interessen mit seinen Nachbarn; dies findet seit 2004 seinen Ausdruck durch die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP). Ziel der ENP muss es sein, einen „Ring von Freunden“ zu schaffen, indem in unterschiedlichen Politikfeldern kooperiert wird und sich Nachbarländer der Union annähern können, ohne dass zwangsläufig eine Beitrittsperspektive gegeben wird. Es ist im Interesse der Union, dass neben Stabilität, Sicherheit und Wohlstand auch Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in den Nachbarländern thematisiert werden.

305 Auf dieser Grundlage fordern wir, dass die ENP vorangetrieben und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet wird. Insbesondere die zivilgesellschaftliche Dimension der ENP muss gestärkt werden; so sind wir überzeugt, dass der Jugendaustausch langfristig mehr bewirken wird als die zähen und oftmals wirkungslosen Verhandlungen auf staatlicher Ebene.

4.8. ASYL UND MIGRATION

Die Vereinigten Staaten von Europa brauchen eine gemeinschaftliche Asyl- und Migrationspolitik.

315 Im Bereich der **Asylpolitik** sind die Grundwerte der Union, insbesondere die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, zu beachten. Auf dieser Basis gewährt die Union Asyl. Die Asylpolitik wird umfassend vergemeinschaftet. Es wird eine Asylbehörde auf Ebene des Bundesstaats eingerichtet. Die Erst-Land-Regel (Dublin-Abkommen) muss abgeschafft werden.

320 **Migrationspolitik** unterscheidet sich grundsätzlich von Asylpolitik dadurch, dass hier von nicht erzwungener Migration ausgegangen wird. Die europäische Migrationspolitik sollte sich deshalb an den Interessen der Union orientieren. Das bedeutet, dass die Migration von Fachkräften, deren Nachfrage durch den europäischen Arbeitsmarkt nicht ausreichend gedeckt werden kann, und ihren Familien gefördert und die Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen erleichtert werden muss.

5. Zivilgesellschaft

5.1. IN VIELFALT GEEINT - ODER WAS DIE EU ZUSAMMENHÄLT

325 Die europäische Integration und die Bewahrung der **kulturellen Vielfalt** stehen in keinem Widerspruch zueinander. Wir fordern politische Lösungen für gemeinschaftliche politische Probleme. Die Nivellierung kultureller Unterschiede ist nicht unser Ziel.

330 Gleichwohl müssen wir uns als Europäer die Frage stellen, was uns jenseits des gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Systems zusammenhält. Es stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, aus einem Nebeneinander ein Miteinander zu machen.

Europa braucht, davon sind wir fest überzeugt, eine **europäische Öffentlichkeit**. Um diese zu schaffen, braucht es im politischen Raum klarere politische Botschaften. Wir brauchen eine stärkere Polarisierung in politischen Debatten. Diese müssen sich in der Zukunft weniger um die Frage drehen, welche Interessen welchen Staates gegen die Interessen welchen anderen Staates stehen. Es bedarf unterschiedlicher Politikentwürfe, die dem Bürger klar kommuniziert werden müssen. Das Europäische Parlament und auch die Europäische Regierung müssen stärker politisiert werden. Außerdem brauchen wir gemeinsame europäische *Leitmedien*. Diese müssen sich, um eine Mehrheit der EU-Bürger auch erreichen zu können, einer gemeinsamen Verkehrssprache bedienen.

340 Die Union ist ein sehr komplexes politisches Gebilde, dessen Funktionsweise sich leider nicht leicht erschließt. Deshalb ist die EU für die **politische Bildung** eine Herausforderung. Aus diesem Grund ist für uns die Beschäftigung mit europäischen und insbesondere auch europapolitischen Themen im Schulsystem dringend geboten. Europa muss verbindlicher Bestandteil der Curricula aller allgemeinbildenden Schulen sein!

5.2. BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

345 Die JEF setzt sich für ehrenamtliches zivilgesellschaftliches und politisches Engagement ein, da dieses *notwendige Voraussetzung für lebendige und demokratische Gesellschaften* ist und der allgemeinen Wohlfahrt und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient.

350 Sich ehrenamtlich zu engagieren, ist unser Anspruch an uns selbst, aber auch an andere junge Menschen. Um Engagement zu ermöglichen, bedarf es allerdings gewisser Voraussetzungen. Es ist Aufgabe der Union bzw. der Mitgliedstaaten diese bereitzustellen und zu sichern. Hierzu gehört auch die Angleichung der nationalen Vereinsrechte zur **Ermöglichung transnationaler Verbandsstrukturen** und eine **finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen**.

355 Die Forderung nach stärkerem ehrenamtlichen Engagement darf nicht dazu führen, dass notwendige Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr ausreichend finanziert werden oder der Staat sich aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht.

5.3. SPRACHE

Der Grundsatz, dass jede Amtssprache eines Mitgliedsstaats auch Amtssprache der Union ist und jeder Bürger sich in jeder Amtssprache an die europäischen Organe wenden kann, muss auch in Zukunft beibehalten werden.

360 Gleichwohl sind wir davon überzeugt, dass es einer **Verkehrssprache** bedarf. Ohne Verkehrssprache wird es immer Europäer geben, die mit anderen Unionsbürgern nicht in einen Dialog treten können

und für die eine gegenseitige Verständigung nicht möglich ist. Wir sind überzeugt, dass die *englische Sprache*, die sich zunehmend auch als globale Verkehrssprache herausbildet, diese Funktion übernehmen kann. Wir fordern deshalb, dass jeder Unionsbürger bereits ab der Grundschule englischsprachigen Unterricht erhält, unabhängig davon welche Schulform er besucht, damit sich Menschen aller Bildungshintergründe in Europa untereinander verständigen können. Das politische Ziel muss sein, dass jeder die Verkehrssprache fließend beherrscht.

Die **Sprachen- und Kulturreichhaltigkeit** der Union gilt es zu bewahren. Es ist deshalb wünschenswert, wenn jeder Unionsbürger neben seiner Muttersprache und der (europäischen) Verkehrssprache weitere Fremdsprachen erlernt.

6. Föderalismus und Europa in der Welt

6.1. ERWEITERUNG

Supranationale Integration dient im Wesentlichen dazu, Probleme zu lösen, die auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene nicht mehr zu lösen sind. Sie erlaubt es, in einer zunehmend globalisierten Welt, Handlungsspielräume wiederzugewinnen.

Wo die Grenzen dieser Integration Europas liegen, ist schwer genau zu definieren, da derartige Kriterien immer auch etwas *Willkürliches* haben. Für uns steht fest: Das politische Europa ist kein geographisches Gebilde! Wir sind ferner davon überzeugt, dass auch Kultur und Religion sich nicht zur Abgrenzung eignen. Das einzig sinnvolle Kriterium ist die Funktionsfähigkeit des politischen Systems.

Die Funktionsfähigkeit des politischen Systems ist spätestens seit der großen Osterweiterung der Union zunehmend Gegenstand politischer Kontroversen. Es zeichnet sich heute immer mehr ab, dass eine weitere Vertiefung der Union zunehmend schwerer realisiert werden kann, wenn die ohnehin schon große Zahl der Mitgliedstaaten weiter anwächst, ohne dass gleichzeitig das Einstimmigkeitsprinzip bei Vertragsänderungen entfällt.

Obwohl wir grundsätzlich eine Erweiterung der EU begrüßen, sind wir davon überzeugt, dass wir uns dringend weitreichende Gedanken zur Verfasstheit der Union machen müssen, bevor wir weitere Staaten aufnehmen.

Für uns steht auch fest, dass die EU nicht Ausgangspunkt einer Weltunion sein soll, sondern prototypischen Charakter für weitere regionale Staatenbünde, Staatenverbände oder Bundesstaaten haben sollte. Die Grenzen der Union werden sich spätestens ab dem Zeitpunkt, an dem die Außengrenzen der EU gleichzeitig die Außengrenzen des nächsten supranationalen Staatengebildes markieren, nur noch wenig ändern. Die Union sollte, dort wo möglich, die Herausbildung weiterer regionaler Integrationsprojekte unterstützen.

Unter der Prämisse, dass die Funktionsfähigkeit der Union nicht weiter eingeschränkt wird, sind wir der Auffassung, dass die Mitgliedschaft in der Union allen Staaten offen stehen sollte, die Mitglied im Europarat sind, die die Beitrittskriterien erfüllen und nicht selbst schon Teil eines regionalen Integrationsprojektes sind.

6.2. WELTFÖDERALISMUS

Wohlverstandener Föderalismus ist ein sinnvolles politisches Ordnungssystem auf allen politischen Ebenen. Die Jungen Europäischen Föderalisten bekennen sich deshalb seit Ihrer Gründung klar zum Weltföderalismus. Auf der globalen Ebene bedarf es allerdings ständiger und strengster Kontrolle, ob

das Prinzip der Subsidiarität nicht verletzt wird. Nur die wichtigsten globalen Problemen bedürfen globaler Lösungen. Hierzu gehören insbesondere Fragen der Friedenspolitik, des Umweltschutzes oder notwendige globale Spielregeln für die Wirtschaft und Finanzmärkte.

- 405 Die Globalisierung politisch zu gestalten muss zentrales europäisches Projekt werden! Anderen Kulturen und deren Werten respektvoll und auf Augenhöhe zu begegnen, ist für die JEF ausdrücklicher Bestandteil einer weltföderalistischen Grundordnung.

6.3. DEMOKRATISIERUNG

- 410 Die Institutionen, in denen die drängendsten *globalen Probleme* behandelt werden, müssen schnellstmöglich demokratisiert werden. Das Dickicht aus internationalen Organisationen sowie willkürliche Gipfelzusammenschlüsse wie die G8 oder G20, in denen nationalstaatliche Regierungen als handelnde Akteure eine häufig sehr intransparente Politik machen, muss durch ein demokratischeres und transparenteres System ersetzt werden. Als ersten Schritt fordern wir die Etablierung einer parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen.

- 415 Es gilt, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen unter allen Umständen zu wahren. Der **Weltsicherheitsrat** bedarf allerdings dringend der Reform. Das bestehende Vetorecht einzelner Staaten muss entfallen und die Vertretung fairer gestaltet werden. Als Modell bietet sich eine Sitzverteilung an, die sich an Kontinenten und Bevölkerungszahlen orientiert. Europa soll dort mit einer Stimme sprechen. Die nationalen Sitze europäischer Staaten entfallen.

- 420 Langfristig streben wir deshalb supranationale Institutionen wie ein **Weltparlament** an, das diese Aufgaben übernehmen kann. Es ist unstrittig, dass föderative Strukturen im globalen Maßstab nicht die gleichen Formen wie auf lokaler Ebene annehmen können.

6.4. RECHTSSTAATLICHKEIT

- 425 Mit einem demokratisch legitimiertem Parlament auf globaler Ebene ist es nicht getan. Auch auf globaler Ebene muss die Herrschaft des Rechts sichergestellt werden und judikative Organe geschaffen werden. Es muss möglich sein, auf Verbrechen angemessen zu reagieren, auch ohne dass im Sicherheitsrat (wie bisher häufig geschehen) willkürliche interessengeleitete politische Einzelfallentscheidungen getroffen werden.

- 430 Eine positive Entwicklung ist die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs. Gleichwohl sind seine Kompetenzen noch zu begrenzt. Wir fordern seine universelle Zuständigkeit und Anerkennung durch alle Staaten.

- 435 Es bedarf der (Weiter)Entwicklung und Anerkennung von Normen wie der *Responsibility to Protect*, der Schutzverantwortung einzelner Staaten gegenüber seinen Bürgern. Sind diese nicht willens oder fähig, systematische und massenhafte Menschenrechtsverletzungen zu sanktionieren, hat die Staatengemeinschaft tätig zu werden und einzugreifen, um perspektivisch allen Menschen die Grundlage für ein würdiges Leben zu ermöglichen.